

**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN
UND FINANZDIREKTOREN**

Kommission für Wirtschaft und
Abgaben des Nationalrats
Herr Nationalrat
Christophe Darbellay, Präsident
c/o Sekretariat der WAK
Parlamentsgebäude
3003 Bern

Bern, 23. März 2012

**Parlamentarische Initiative (09.503). Stempelsteuer schrittweise abschaffen und
Arbeitsplätze schaffen. Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage**

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Mit Brief vom 18. Januar 2012 eröffneten Sie die Vernehmlassung zur randvermerkten parlamentarischen Initiative. Der FDK-Vorstand behandelte die Vorlage an seiner Sitzung vom 23. März 2012 und äussert sich dazu wie folgt.

Im Zusammenhang mit der Vorlage "Too big to fail" hat das Parlament die Emissionsabgabe auf Fremdkapital abgeschafft. Die FDK hätte bereits in diesem Zusammenhang eine generelle Abschaffung der Emissionsabgabe eigentlich vorgezogen, sodass Eigenkapital gegenüber Fremdkapital steuerlich nicht diskriminiert wird. Um die Einnahmeausfälle des Bundes einzuschränken unterstützte sie damals dennoch die beschränkte Abschaffung der Emissionsabgabe. Die FDK hätte es zudem vorgezogen, allfällig weitere steuerliche Massnahmen im Gesamtkontext der Strategie „Unternehmensbesteuerungssystem Schweiz“ weiterzuverfolgen.¹ Diese verzögert sich jedoch und Massnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz dürfen nach Auffassung des Vorstands der FDK nicht auf unabsehbare Zeit aufgeschoben werden.

Mit der vorliegenden parlamentarischen Initiative wird dem seinerzeitigen Grundanliegen der FDK Rechnung getragen. Damit wird den kapitalintensiven Gesellschaften - kleinere und mittlere Gesellschaften sind dank des Freibetrags von einer Million nicht betroffen - im internationalen Kontext ein Vorteil verschafft, indem die Schaffung und Erhöhung von Eigenkapital erleichtert wird. Im EU-Raum ist dies bereits grossmehrheitlich der Fall. Aus standortpolitischen Gründen ist deshalb die Vorlage zu begrüessen.

Die Kantone sind von dieser Vorlage nicht unmittelbar betroffen, da sie keinen Anteil an den Stempelsteuern erhalten. Dagegen sind die Kantone interessiert an einer gesunden

¹ Vgl. http://www.fdk-cdf.ch/110128_tbtv_vl-stn_fdk_fdkpva_def_d_uz.pdf.

Finanzlage des Bundes. Die geschätzten Steuerausfälle von 240 Millionen Franken im Durchschnitt dürfen nicht als gering eingeschätzt werden. Die Aussage, dass ein Teil dieser Mindereinnahmen durch die Wachstumseffekte, welche die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital auslöst, wieder wettgemacht werden, mag zwar zutreffen, ist jedoch erst in einem längeren Zeitraum denkbar. Auf jeden Fall kann nicht unmittelbar mit einer Kompensation gerechnet werden und der Bund hätte eine solche in seinem Eigenbereich zu finden. Wir sind nicht bereit, Lasten zu übernehmen oder ein weiteres allfälliges Konsolidierungsprogramm des Bundes mit direkten und indirekten Auswirkungen auf die Kantone mitzutragen.

Unter diesem Vorbehalt empfiehlt der Vorstand der FDK, der Vorlage zuzustimmen.

Freundliche Grüsse

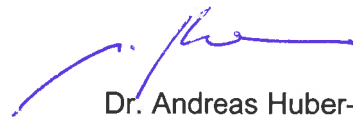
**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN UND FINANZDIREKTOREN**

Der Präsident:

Der Sekretär:



Christian Wanner



Dr. Andreas Huber-Schlatter

Kopie (per E-Mail)

- vernehmlassungen@estv.admin.ch
- Mitglieder FDK
- Mitglieder SSK